

"Euratom und OEEC - und eine dritte Lösung" in La Nation belge (10. März 1956)

Legende: In einem Artikel vom 10. März 1956 untersucht die belgische Tageszeitung La Nation belge den Vorschlag des Belgischen Industrieverbands FIB, der einen Kompromiss zwischen dem Euratom-Projekt und der von der Europäischen Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) vorgeschlagenen Lösung darstellen soll.

Quelle: La Nation belge. Journal d'union nationale. dir. de publ. NEURAY, Paul. 10.03.1956, n° 70; 39e année. Bruxelles. "Entre l'Euratom et l'OECE - une troisième solution", auteur:Masoin, Maurice , p. 3.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/euratom_und_oeec_und_eine_dritte_losung_in_la_nation_belge_10_marz_1956-de-b71bce10-f56b-43ab-9d73-e1ef5d9cf139.html



Publication date: 06/07/2016

Euratom und OEEC – und eine dritte Lösung

Die Befürworter und die Gegner der Euratom und der OEEC sind vergangene Woche in Paris zusammengelassen. Ihre Gespräche endeten mit der Feststellung, dass zwischen den beiden Lösungsansätzen keine Inkompatibilität besteht. Dies ist offensichtlich, will man damit ausdrücken, dass das Europa der Sechs in der Euratom weiterhin mit den anderen Ländern der OEEC zusammenarbeiten könnte und umgekehrt. Das hätte gerade noch gefehlt. Diese Prinzipienklärung kann jedoch keineswegs eine Voraussage über die Organisationsweise der Kernindustrie innerhalb des Europas der Sechs treffen.

Die Debatte bleibt in dieser Hinsicht weiterhin offen. Soll das Schicksal der Kernindustrie einer zwischenstaatlichen Organisation übertragen werden, die sich von Anfang an mehr als eine Hohe Behörde das Monopol über den gesamten Bereich aneignet – auch wenn die Möglichkeit besteht, dass diese Organisation die Verantwortung für ihre Aktivitäten teilweise an Dritte – wie an Konzessionäre – vergibt?

Oder sollte man nicht auf die Zusammenarbeit der Unternehmen auf internationaler sowie auf nationaler Ebene vertrauen, um gemeinsam das zu verwirklichen, was ihre individuellen Kapazitäten überschreiten würde, auch wenn es die Möglichkeit gibt, dass eine internationale Organisation die Förderung, die Koordinierung und die Kontrolle des Ganzen übernimmt?

Das ist das Hauptproblem. Und die Gespräche drohten, sich in die Länge zu ziehen, da jeder bis zum Überdruß seine eigenen Argumente wiederholte, ohne auf die der anderen zu hören.

Es wurde jedoch noch eine dritte Lösung ins Spiel gebracht. Sie wurde von dem Belgischen Industrieverband (FIB) in einer Mitteilung dargelegt, die diese vor kurzem veröffentlichte.

Eine neue Tatsache

Der FIB vertritt alle belgischen Industriezweige und in dieser Eigenschaft insbesondere all diejenigen, die von der Entwicklung der Atomenergie betroffen sind, von der Herstellung der Rohstoffe bis zur Umwandlung und den Verbrauchern. Sie vereint so die Kompetenzen in einem Bereich, in dem hohe Ansprüche gestellt werden. Ihre Meinung ist von außerordentlichem Wert.

Es stand zu befürchten, dass die belgische Industrie in einem Bereich, in dem so viele wirtschaftliche Interessen auf dem Spiel stehen, die Absicht hegen würde, den größtmöglichen Nutzen aus der herausragenden Position zu ziehen, die Belgien im Bereich der Atomenergie einnimmt, d.h. geheime Informationen von den Briten und Amerikanern zu erhalten. Dies ist nicht der Fall. Die belgische Industrie hat entschlossen das nationale Interesse Belgiens dem gemeinsamen Interesse des Europas der sechs Mitgliedstaaten untergeordnet, das als solches die erste Stufe zu einem größeren Europa darstellt, und beabsichtigt, sich an die Spielregeln der europäischen Solidarität zu halten.

Offensichtlich beherrschen zwei Gebote die Materie; zwei Postulate, die in zwei Worten zum Ausdruck kommen: Zusammenarbeit und Kontrolle. Auf diese Postulate muss nicht mehr hingewiesen werden. Die FIB zeigt detailliert die Bedingungen und die Anwendungen auf.

Wenn diese Postulate jedoch auch die der Euratom und der OEEC sind, worin unterscheidet sich der Vorschlag der FIB dann von den erstgenannten Lösungen?

Weder OEEC noch Euratom

Zunächst zum OEEC-Entwurf.

Die FIB stimmt einer sehr viel engeren Zusammenarbeit zwischen den sechs Mitgliedsstaaten des kleinen Europas als mit den sechzehn Staaten des großen Europas zu. Diese Zusammenarbeit ordnet sich in den Rahmen des gemeinsamen europäischen Marktes ein und ist denselben Prinzipien unterworfen: Freizügigkeit des Güterverkehrs, des Personenverkehrs und der Kapitalströme, die die Atomindustrie

betreffen; Versorgung dieses Marktes zu normalen Bedingungen; im Falle einer Kernbrennstoffknappheit unterliegen alle Länder der Union denselben Verteilungsregeln.

Nun zu dem Euratom-Entwurf.

Die FIB glaubt nicht, dass die in der Atomenergie notwendige Zusammenarbeit von einer einzigen Institution organisiert werden muss, die über alles an der Basis verfügt und alles danach anordnet: Anders gesagt, sie glaubt nicht an die Möglichkeit und noch weniger an die Notwendigkeit eines internationalen Monopols. Im Gegenteil, sie ist der Ansicht, dass in einem Industriezweig, der noch in seinen Anfängen steckt und der zu weit reichenden Entwicklungen bestimmt ist, privaten Initiativen und einer spontan organisierten Zusammenarbeit die Priorität eingeräumt werden muss, je nach Bedarf und gemäß den jeweiligen Modalitäten eines jeden Forschungsgegenstands. Dieses Konzept sieht weiterhin eine sehr bedeutende Rolle für die Europäische Kommission der Atomenergie vor, sowohl bei der Förderung der Initiativen und der privaten Zusammenarbeit als auch im Bereich ergänzender Aktivitäten, die nicht in den natürlichen Zuständigkeitsbereich der privaten Wirtschaft fallen.

Alles in allem bewegt sich die Debatte wieder einmal zwischen einer kollektivistischen Auffassung der Atomenergie, nach der die Hauptverantwortung für diese dem Staat oder vielmehr den Staaten anvertraut werden sollte, und einer liberalen oder vielmehr neoliberalen Auffassung, die vom Staat angeregten und ergänzten Privatinitiativen volles Vertrauen schenkt.

Denn schließlich muss genau darüber entschieden werden: Verstaatlichung der Atomindustrie oder koordinierte und kontrollierte Freiheit.

Denn da ist ja noch die Kontrolle.: Wirtschafts-, Gesundheits- und Militärkontrolle. Eines der Verdienste der Abhandlung der FIB liegt darin, in diesen Bereichen wertvolle Vorschläge gemacht zu haben, die auch die Misstrauischsten beruhigen: die Benennung eines Corps von internationalen und nationalen Inspektoren, die Schaffung eines Zulassungssystems für Unternehmen, denen die Genehmigung für den Besitz von spaltbaren Brennstoffen erteilt wird, das Führen eines ständigen Inventars an Produkten und ihrer juristischen und technischen Änderungen.

Ein Vorschlag zum Zusammenschluss

Die Vorschläge der FIB kommen zur rechten Zeit, denn offensichtlich suchen die Akteure des Wiederaufschwungs Europas noch ihren Weg.

So sehr sie auch von diesem oder jenem Entwurf eingenommen sein mögen, spüren sie doch sehr wohl, dass bezüglich der Euratom Zögern, Bedenken, triftige Einwände nicht nur in Belgien sondern auch im Ausland, in Deutschland beispielsweise, existieren. Die Begeisterung, die andere Länder wie zum Beispiel Frankreich für Euratom und den Armand-Entwurf hegen, dürfte ausreichen, sie in dieser Hinsicht misstrauisch zu machen. Wenn ein Land zu viel durch einen Entwurf zu gewinnen hat und andere zu viel zu verlieren, kann dieser Entwurf nicht der geeignete sein.

Der Wiederaufschwung Europas kann nicht mit einseitigen Vorteilen und Nachteilen in Gang gesetzt werden. Er muss ein Gesamtwerk sein, zu dem alle aus vollem Herzen beitragen. Solch ein Entwurf ist nicht der Euratoms; es ist der der FIB.

Der Wiederaufschwung Europas darf ebenfalls keine Trennung zwischen Supranationalisten und Internationalisten herbeiführen. Nach der Auffassung Armands war die Euratom jedoch klar supranationalistisch orientiert. Die FIB hat sich in dieser Hinsicht auf der sicheren Seite gehalten, nämlich der, die von den Experten sowie von ihnen selbst vorgeschlagen wurde: ein Ministerrat, der sein Votum einstimmig abgibt, ergänzt durch einen Ausschuss von stellvertretenden Mitgliedern und bei seinen Aufgaben unterstützt durch ein internationales „Board“, dessen Aufgabe es ist, die Kontakte zwischen den Regierungen aufrechtzuerhalten, Untersuchungen durchzuführen und Stellungnahmen abzugeben, ohne eine andere als seine eigene große moralische Autorität. Man ersetze in diesem Entwurf das Wort „Board“ durch

die Wörter „Europäische Kommission für Atomenergie“ und man erhält das Wesentliche der FIB-Vorschläge in diesem speziellen Bereich.

Dies ist noch nicht alles. Die Organisation der Atomenergie in Europa kann nicht einzig Sache der Staaten sein, noch der Wirtschaft, der Produzenten oder der Arbeitnehmer. Die Vorschläge der FIB sehen die Schaffung von Beratungsausschüssen auf internationaler und auf den verschiedenen nationalen Ebenen vor, in denen sich Produzenten, Arbeitnehmer und Verbraucher zusammenschließen würden.

Aus diesen Elementen lässt sich ersehen, dass der Bericht der FIB keine Protestnote mit dem Ziel der Trennung ist, sondern ein Versöhnungsvorschlag, der zur Einigung führen soll.

Die Absicht ist, mit Vorurteilen und festgefahrenen Meinungen aufzuräumen, so dass jeder das Problem auf Grund der unterbreiteten Vorschläge erneut überdenkt.

Maurice Masoin.